THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 7 | 2007

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Stromtrasse durch den Thüringer Wald beschäftigt das Plenum



Die vom Energiekonzern Vattenfall geplante 380-Kilovolt-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald, die Strom aus Windenergie von der Küste nach Süddeutschland transportieren soll, hat in der Plenardebatte vom 21. September für eine kontroverse Diskussion gesorgt. Sabine Doht (SPD) befürchtete gesundheitliche Gefahren für die Anwohner und negative Folgen für den Tourismus. Die Trasse sei zwar nicht ganz zu verhindern, doch müsse die optimale Variante gefunden werden, um schädliche Auswirkungen zu minimieren. Petra Enders von der Fraktion DIE LINKE sah keine überprüfbare Begründung für die Notwendigkeit der Trasse. Neue Erkenntnisse versprach sie sich von einem in Arbeit befindlichen Gutachten des Wiesbadener Ökonomen Lorenz Jarass, das von mehr als 30 durch die Trasse betroffenen Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Bürgerinitiativen finanziert wird. Während Siegfried Wetzel (CDU) auf den Stellenwert der Trasse für das europäische Verbundnetz hinwies, plädierte Prof. Dr. Michael Krapp (CDU) angesichts der sich abzeichnenden Dezentralisierung der Energienetze für die Aufstockung bereits bestehender Leitungen. Bauminister Andreas Trautvetter (CDU) betonte, das Land habe bereits erreicht, dass es im Thüringer Wald auch künftig nur fünf Trassen geben werde, da eine bereits existierende gegebenenfalls rückgebaut werden solle. Innovative technische Lösungen müssten soweit als möglich genutzt werden. Zugleich wies er darauf hin, dass die Genehmigungsverfahren keineswegs abgeschlossen seien.

Nichtraucher sollen geschützt werden

Nicht um die Diskriminierung der Raucher, sondern um den Schutz der Nichtraucher gehe es – auf diese Formel brachte Gesundheitsminister Dr. Klaus Zeh (CDU) die Ziele des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes, das am 20. September in erster Lesung behandelt wurde.

Im Ausland, so Zeh, hätten Rauchverbote bereits zu einem Rückgang der Herzinfarkte geführt. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ende da, wo Rechte anderer verletzt würden, insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Ralf Hauboldt (DIE LINKE) unterstützte angesichts der Gefährlichkeit des Passivrauchens den Nichtraucherschutz „ohne Wenn und Aber“, wandte sich jedoch gegen eine zu repressive Strategie. Angesichts der zurzeit noch andauernden finanziellen Förderung des Tabakanbaus durch die Europäische Union beklagte er die Inkonsequenz der Politik. Heike Taubert (SPD) bezeichnete das Nichtraucherschutzgesetz als einen längst überfälligen Schritt in die richtige Richtung. Wichtig sei es aber auch, Rauchern Hilfen aufzuzeigen, von ihrer Sucht loszukommen.

Nach Ansicht von Michael Panse (CDU) haben freiwillige Zielvereinbarungen in der Gastronomie nicht wirklich geholfen. Es sei daher wichtig, gerade Kinder und Jugendliche effektiv vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Sein Fraktionskollege Michael Heym bat dagegen um eine Auseinandersetzung mit den Sorgen der Gastronomen. Ähnliche Gesetze hätten in anderen Ländern zu erheblichen Umsatzeinbußen geführt. Eine Pflicht zur Kennzeichnung von Gaststätten sei die bessere Lösung, weil sie Gastwirten und potentiellen Kunden Entscheidungsfreiheit einräume.

Gleichstellungsausschuss

In Thüringen sollen Interventionsstellen entstehen, die Opfer häuslicher Gewalt unterstützen und das Angebot der Frauenhäuser ergänzen. Im Januar 2008 wird in Nordhausen die erste Einrichtung eröffnen. „Für 2008 ist eine weitere Interventionsstelle geplant“, so Ausschussvorsitzende Katja Wolf (DIE LINKE). Ziel ist es, den Freistaat flächendeckend mit diesem Angebot auszustatten.

Haushalts- und Finanzausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 31. August mit seinen Beratungen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung für die Jahre 2008/09 begonnen. Alle Fraktionen kündigten Änderungsanträge an. Beraten wurden bereits die Einzelpläne etlicher oberster Landesbehörden, wie Ausschussvorsitzender Michael Gerstenberger (DIE LINKE) mitteilte.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

vor wenigen Wochen habe ich gemeinsam mit dem Landtagsvorstand an einer Tagung in Straßburg teilgenommen, die sich mit der Rolle regionaler Parlamente in der Europäischen Union auseinandergesetzt hat. Die Diskussionen im Rahmen dieser Tagung haben wieder einmal nachdrücklich vor Augen geführt, dass die europäische Einigung den Menschen viele Chancen bietet, dass ein geeinter Kontinent jedoch auch regionalen Besonderheiten Raum lassen muss. Den Länderparlamenten kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, gemeinsam als Sachwalter regionaler Interessen aufzutreten und sich konstruktiv in die Meinungsbildungsprozesse auf europäischer Ebene einzubringen. Auch der Thüringer Landtag versteht sich als ein Parlament in Europa – das bringt nicht zuletzt die Europaflagge im Plenarsaal zum Ausdruck. Ausgehend davon gilt es, die richtige Balance zwischen Einheit und Vielfalt zu finden. Über den Besuch in Straßburg, aber auch über die aktuellen Plenarthemen unterrichtet Sie die neue Ausgabe des Landtagskuriers. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Landtagsvorstand in Straßburg



Im Sitzungssaal des Europaparlaments: Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Dr. Birgit Klaubert, Birgit Pelke

Der Vorstand des Thüringer Landtags nahm im September an der Tagung „Repräsentative Demokratie, europäische Angelegenheiten und aktive Bürgerschaft“ teil. In Straßburg diskutierten Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Dr. Birgit Klaubert und Birgit Pelke unter anderem über die Rolle der Parlamente bei der Stärkung der Demokratie, die Beziehungen zwischen nationalen und regionalen Volksvertretungen sowie über die Partizipation regionaler Parlamente an der Europapolitik.

Organisiert wurde die Tagung von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Konferenz der Europäischen Regionalen Parlamente.
Landtagspräsidentin Prof. Dr. Schipanski diagnostizierte eine steigende Bedeutung der Regionen in Europa. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, auf allen Ebenen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu etablieren. Regionale Unterschiede müssten bei europaweiten Regelungen angemessen berücksichtigt werden. Zugleich dürfe nie vergessen werden, dass die Europäische Union Frieden, Freiheit und Wohlstand garantiere – auch den Menschen in Thüringen.

Textil Art Thüringen feiert 15-jähriges Bestehen

Seit 1992 arbeiten unter dem Namen „Textil Art Thüringen“ Künstlerinnen und Künstler aus dem Freistaat mit dem Werkstoff Textil. Zum 15-jährigen Bestehen präsentieren die derzeit aktiven Mitglieder der Künstlergruppe im Thüringer Landtag Arbeiten aus den vergangenen Jahren. Die Ausstellung trägt den Namen „Textile Handschriften“. Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski würdigte bei der Eröffnung die Kreativität und das künstlerische Können der Gruppe. Sie habe eine schier überbordende Produktivität entwickelt, die mit künstlerischer Innovation und Originalität einhergehe.
Die Ausstellung ist zu sehen bis 9. November 2007, Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr.
Der Eintritt ist frei.



Farbenfroh gestaltete sich die Eröffnung am 20. September

CDU

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 22 06
Fax 0361 - 377 25 20
www.thl-cdu.de

Wahlfreiheit mit Rechtsanspruch und Betreuungsgeld

Die parallele Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz und eines Betreuungsgeldes hat der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Panse, mit Blick auf die Diskussion im Bund gefordert. In seinem Referat beim Forum „Familienpolitik mit Zukunft – Thüringen auf richtigem Kurs“ der CDU-Fraktion verwies Panse auf die guten Erfahrungen in Thüringen. „Die Kombination des Landeserziehungsgeldes mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz funktioniert in Thüringen sehr gut“, so Panse. Alle vorher skizzierten Horrorszenarien der Opposition seien nicht eingetreten.

Auslandserfahrung immer wichtiger für die Jugend

Forum der CDU-Fraktion zu Chancen der Jugend in der Europäischen Union

„Hochschulen, Kammern, Betriebe und Schulen müssen mehr für Auslandssemester und Auslandspraktika werben. Die Auslandserfahrung junger Absolventen wird immer wichtiger, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.“ Das sagte der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gustav Bergemann, im Anschluss an das EU-Jugendforum „Jugend in Aktion – Herausforderung für Mobilität und Sprachkompetenz in der Europäischen Union“ der CDU-Landtagsfraktion.
Bergemann machte den 150 Schülerinnen und Schülern aus ganz Thüringen Mut, Sprachbarrieren zu überwinden und die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung in den Staaten der Europäischen Union zu nutzen.
Der CDU-Europapolitiker sieht insbesondere die Schulen und Berufsschulen in der Pflicht.



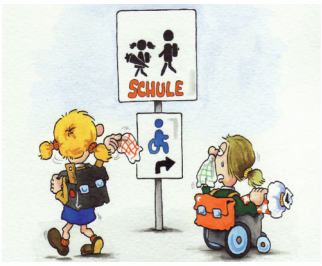
CDU-Europapolitiker Gustav Bergemann

„Die Einbindung europäischer Inhalte in Lehrpläne und Bildungsziele stärkt die Identifikation mit Europa und führt zu mehr Verständnis für Europa. Ein Ziel der Politik muss der kulturelle Austausch und die Stärkung des Wissenstransfers innerhalb Europas sein“, so Bergemann.
Gegenseitiges Verständnis, Fremdsprachenkenntnisse und Mobilität seien die Voraussetzungen für die Zukunft. „Mehr Europa im Unterricht leistet einen Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen und fördert die Neugier auf das Leben in den EU-Partnerländern“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete.

Während des Forums informierten Fachleute die Schüler und Jugendlichen über die vorhandenen Bildungs- und Berufsbildungsprogramme und beantworteten Fragen zur Europäischen Union.

Eine Schule, die nicht sortiert und abschiebt

Im Rahmen der Diskussion ihres alternativen Schulgesetzentwurfs hatte DIE LINKE zu einer sehr gut besuchten Integrationsfachtagung Vertreter aus Wissenschaft und Praxis eingeladen. Diana Skibbe, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, kritisierte den wachsenden Anteil von Thüringer Schülern in Förderschulen. Notwendig sei eine Schule, die nicht sortiert und abschiebt und Chancenungerechtigkeit verstärkt. Prononciert hatte Prof. Dr. Hans Wocken, Universität Hamburg, erklärt: „Alle Kinder sind integrationsfähig."



Für eine grundsätzliche Energiewende hin zu dezentralen Konzepten



Ihren Protest gegen den Bau einer vom Energiekonzern Vattenfall geplanten Hochspannungsleitung mit bis zu 100 Meter hohen Masten über den Thüringer Wald trugen Bürgerinitiativen aus Thüringen und Franken am 20. September vor den Landtag in Erfurt. Die Großbreitenbacher Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete der LINKEN Petra Enders verwies auf die Klage ihrer Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht: „Wir ziehen sie durch, wenn notwendig durch alle Instanzen." Auch die Kreistage von Coburg, Hildburghausen und Sonneberg stellen sich gegen die Monstertrasse. 33 Kommunen und Bürgerinitiativen haben sich außerdem zusammengetan und viel Geld gesammelt für eine Alternativstudie, weil sie die Notwendigkeit der Trasse nicht begründet sehen.
Als einziger Vertreter einer Landtagspartei ergriff der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Dieter Hausold das Wort: „Wir sagen nicht nur Nein zu dieser Trasse, wir fordern eine grundsätzliche Energiewende hin zu dezentralen Konzepten."

DIE LINKE.

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 22 93
Fax 0361 - 377 23 21
www.die-linke-thl.de

Klares Votum für Dieter Hausold

Turnusmäßig nach zwei Jahren hat die Landtagsfraktion DIE LINKE am 26. September ihren Vorstand neu gewählt. Mit rund 80 Prozent gab es ein klares Votum für den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dieter Hausold. Wiedergewählt wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden Margit Jung, Dr. Karin Kaschuba sowie Ralf Hauboldt. Da Werner Buse bereits erklärt hatte, nicht wieder als Parlamentarischer Geschäftsführer kandidieren zu wollen, wurde in diese Funktion André Blechschmidt, bisher justizpolitischer Sprecher, neu gewählt. Für seine engagierte Arbeit dankte die Fraktion Werner Buse ausdrücklich. Dem Fraktionsvorstand gehört zudem Dr. Birgit Klaubert, Vizepräsidentin des Landtags, an.

Neues Volksbegehren gestartet: Jetzt 5000 Unterschriften sammeln

Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürger in den Kommunen wünscht sich das Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen". Einer der ersten Unterzeichner für ein neues Volksbegehren war SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie.

In Thüringen wurde damit ein zweites Volksbegehren auf den Weg gebracht: Neben dem Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen haben sich nun auch die Befürworter für mehr direkte Demokratie in Thüringen an die Öffentlichkeit gewandt. Ziel ist, die formalen Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide zu senken. Bis Mitte Oktober hat das Bündnis Zeit, die im ersten Schritt erforderlichen 5000 Unterschriften zu sammeln.

Auf dem Erfurter Anger machten Vertreter eines Bündnisses aus 20 Thüringer Organisationen Ende August auf die Defizite direkter Demokratie auf kommunaler Ebene in Thüringen aufmerksam. Gleichzeitig wurde der Startschuss für die Sammlung von 5000 Unterschriften gegeben. Deren



Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Christoph Matschie, und seine Stellvertreterin Heike Taubert gehörten zu den ersten Unterzeichnern des neuen Volksbegehrens.

Zustandekommen ist Voraussetzung für die Zulassung des angestrebten Volksbegehrens. Die SPD-Landtagsfraktion hatte im Dezember 2006 gemeinsam mit der Fraktion „Die Linke" einen Gesetzentwurf für eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an der Kommunalpolitik in Form von Bürgerbegehren und -entscheiden eingebracht. Im Landtag scheiterte der Entwurf an der Ablehnung durch die CDU-Mehrheit. Während „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen" von der SPD, den Gewerkschaften und anderen Interessengruppen unterstützt wird, finden die Vorstöße bei der Thüringer Landesregierung keinen Anklang. SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie forderte die Regierung auf, den Weg frei zu machen für mehr Mitsprache der Bürger in deren Kommunen.

SPD

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 23 65
Fax 0361 - 377 24 17
www.spd-thl.de

Familienoffensive ist kurzsichtig

„500 Erzieherstellen wurden thüringenweit gestrichen – mehr als 60 Millionen Euro Landesmittel fehlen unseren Kindergärten seit Beginn der Familienoffensive", sagte Christoph Matschie in der Plenarsitzung im September. Der SPD-Fraktionsvorsitzende ging mit der Landesregierung hart ins Gericht: „Die Kürzungen bei den Thüringer Kindergärten sind ein schwerer Fehler. Die so genannte Familienoffensive ist kurzsichtig und schadet den Eltern und Kindern in Thüringen." Matschie forderte die Landesregierung erneut auf, die Klage gegen das Elternvolksbegehren zurückzunehmen.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel. 0361 - 377 1871
Fax 0361 - 377 1872
e-mail buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel. 0361 - 377 1951
Fax 0361 - 377 1952
e-mail tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel. 0361 - 377 1900
Fax 0361 - 377 1904
e-mail poststelle@datenschutz.thueringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-mail (als PDF-Datei) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-mail:

pressestelle@landtag.thueringen.de

oder rufen Sie uns an:

Telefon 0361 - 37 72006



Die Bürgerbeauftragte

Dr. Anne Debus ist neue Stellvertreterin der Bürgerbeauftragten

Auf Vorschlag der Bürgerbeauftragten Silvia Liebaug bestellte die Präsidentin des Thüringer Landtags zum 1. September 2007 Dr. Anne Debus zur Stellvertreterin im Amt der Bürgerbeauftragten.



Dr. Anne Debus und Silvia Liebaug

Für ihre neue Aufgabe ist Frau Dr. Debus durch ihre Ausbildung und ihre bisherige berufliche Erfahrung gut gerüstet. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg/Lahn und dortiger Promotion mit einer Arbeit zum Verfassungsprinzip der Toleranz absolvierte Frau Dr. Debus eine Ausbildungsstation beim Sekretariat des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags. Im Anschluss an das II. Staatsexamen war sie zunächst als Wissenschaftliche Mitarbeiterin, später als Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt (Prof. Dr. Arno Scherzberg) tätig und arbeitete zu den Themen Informationszugangsrecht, Wissen-Nichtwissen-Risiko im Recht sowie zum Religionsverfassungsrecht.

Zum 1. April 2003 wechselte Frau Dr. Debus als Referentin in das Büro des seinerzeitigen Bürgerbeauftragten, Dr. Karsten Wilsdorf, und war vom Frühjahr dieses Jahres an zur Landtagsverwaltung, Geschäftsbereich des Petitionsausschusses und der Strafvollzugskommission, abgeordnet. Sie ist Autorin des Kommentars zum Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz und verfügt über Zusatzausbildungen in den Bereichen Mediation sowie Coaching/Beratung.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

„Konspirative Wohnungen" – Überwachungsstaatlichkeit der DDR in europäischer Perspektive

In Erfurt begann am 28. September eine besondere Kunstausstellung: Ein internationales Künstlerteam thematisiert darin das Netzwerk geheimer „Trefforte" der DDR-Staatssicherheit in Privatwohnungen.
Voraussetzung war die wissenschaftliche Bearbeitung durch den früher in Erfurt lebenden Bürgerrechtler Dr. Joachim Heinrich und die Jenaer Wissenschaftler Prof. Best, Dr. Mestrup, Dr. van Laak (mit Publikation in der Buchreihe der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen) sowie die parallele Arbeit der Londoner Kunst-Dozentin Pam Skelton, der Berliner Fotografin Tina Clausmeyer und der schwedisch-englischen Künstlergruppe C.CRED.

Die Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen hat die beteiligte Erfurter Künstlerin Verena Kyselka durch Organisation, Beratung und Finanzierung unterstützt. Auch die Kulturstiftung des Bundes, das Arts and Humanities Research Council in Bristol, das International Centre for Fine Art Research und die University of the Arts in London und das Kunsthaus Erfurt sind als Förderer präsent. Zentraler Ausstellungsort ist das Kunsthaus in der Michaelisstraße. Dort zeigt Skelton künstlerische Videos konspirativer Wohnungen sowie eine Webseite. C.CRED hat nach „city walks" O-Töne für Audioinstallationen verarbeitet und Clausmeyer erstellte einen Stadtatlas konspirativer Wohnungen.

Ab Oktober sind mittwochs um 20 Uhr interessante Vorträge geplant. Eine Station der stadtweiten Ausstellung steht im Foyer des Landtags – hier geht es um das Stadtviertel Erfurt-Süd und die dortigen Stasi-Trefforte. Es gibt eine Informationstafel, eine Lageübersicht und künstlerische Videoarbeiten. Weitere Stationen befinden sich im Rathaus, im Hotel Radisson, im Eingangsbereich der Erfurter Universität und in der Stadtbibliothek Nord. Wenn die Ausstellung am 16. November abgebaut ist, geht sie direkt nach London.

Der Datenschutzbeauftragte

Automatisierte Kfz-Kennzeichenerkennung verhältnismäßig?

Derzeit wird im Thüringer Landtag eine Polizeirechtsnovelle beraten, mit der eine Befugnis zur „Datenerhebung durch Kennzeichenerkennungssysteme" eingeführt werden soll. Danach soll es der Polizei künftig erlaubt sein, mobil oder an Kontrollstellen die Kennzeichen aller vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge zu fotografieren und die Kfz-Kennzeichen automatisiert zu erkennen. Die Kfz-Kennzeichen sollen dann in Sekundenschnelle mit dem Fahndungsbestand oder anderen polizeilichen Dateien abgeglichen werden. Sofern kein Treffer festgestellt wird, sollen die erfassten Daten unverzüglich wieder gelöscht werden. Dieses Vorhaben weckt Erinnerungen an ein umstrittenes Pilotprojekt am Rennsteigtunnel im Jahr 2003. Die damals fehlende Rechtsgrundlage soll nunmehr im Polizeiaufgabengesetz geschaffen werden. Neben einigen anderen Problemen ist aus datenschutzrechtlicher Sicht an der geplanten Regelung besonders zu kritisieren, dass alle vorbeifahrenden Fahrzeuge erfasst werden, ohne dass die Betroffenen einen konkreten Anlass dafür geboten haben und zudem keine konkrete Gefahrenlage vorausgesetzt wird. Der Gesetzentwurf sieht dann einen Abgleich mit dem Fahndungsbestand oder anderen polizeilichen Dateien vor. Man könnte nun meinen, das wäre nicht so schlimm, weil es ja nur gesuchte Straftäter betrifft. Aber weit gefehlt: Weil dieser Fahndungsbestand gesetzlich nicht definiert und damit nicht beschränkt ist, könnte die Polizei ganz nach ihrem Belieben interpretieren, welche Daten in den Fahndungsbestand aufgenommen werden oder mit welcher ihrer sonstigen Dateien sie die erfassten Kennzeichen abgleicht. So ließe es der Wortlaut zu, dass mit Dateien abgeglichen wird, in der nur sehr geringfügige Regelübertretungen, wie z.B. Verkehrsordnungswidrigkeiten, gespeichert sind.
Das wäre aber nicht mehr verhältnismäßig. Soll eine solche Regelung verfassungskonform ausgestaltet sein, bedarf es noch einiger konkretisierender und damit beschränkender Änderungen.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt
Für die Seiten „Aus den Fraktionen" und „Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.